



# Das Reichsbanner

Nr. 4 April 1971 15. Jahrgang

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ - ROT - GOLD  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

## Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten!

von August Kerger

Wer im vergangenen Monat an der Konferenz des Landesverbandes Hessen unseres Bundes in der Opelstadt Rüsselsheim teilgenommen hat, wird wohl mit mir zu der erfreulichen Feststellung gekommen sein, daß hier ein frischer Wind wehte. Nichts war da von Müdigkeit zu spüren. Die Veranstaltung, die recht gut besucht war, gewann dadurch noch an Bedeutung, daß prominente Persönlichkeiten des kommunalen, politischen und gewerkschaftlichen Lebens sich hier unmißverständlich positiv zu der Arbeit unseres Bundes bekannten. Dafür danken wir ihnen. Stellvertretend für alle anwesenden Repräsentanten nennen wir hier nur Bürgermeister Karlheinz Storsberg (SPD) und den Bundestagsabgeordneten Otto Zink (CDU). Das ist gut so und müßte überall so sein. Diese Feststellung kann durch weitere erfreuliche Mitteilungen ergänzt werden. Auf der Landesdelegiertenkonferenz Bremen/Weser-Ems am 28. März 1971 in Verden sprach der Landtagsabgeordnete Martin Brüns (SPD) zu unseren Kameraden und bei einer sehr würdigen Gedenkfeier für den 1932 von der SA ermordeten Kameraden Martin Pauli in Nordenhamm am 10. 4. 1971 Bundestagsabgeordneter Müller (SPD), ohne Umschweife sich zu der heutigen Arbeit unseres Bundes bekennend. Damit es in Zukunft überall so ist, müssen wir in den demokratischen Parteien und Gewerkschaften und sonstwo, Zurückhaltung und oft auch Spott, Kritik und Widerstand unserer Arbeit gegenüber, in ein Anerkennen und Unterstützung unserer Tätigkeit umwandeln, so wie das jetzt in Rüsselsheim, Verden und Nordenhamm war. Unsere Kameraden dürfen hier nicht betteln und um Gunst bitten, sondern sie müssen mutig für unsere gute Sache streiten, und wenn nötig manchen Leuten auch unbequeme Wahrheiten sagen.

In der eingangs erwähnten Landeskonferenz in Rüsselsheim gab es aber nicht nur Zustimmung, sondern auch Kritik, als nach meinem Vortrag, der von der Fragestellung ausging, ob wir nicht eine „stärkere Demokratie“ brauchten, einige Kameraden meinten, daß wir – auch hier in unserem Blatt – zuviel gegen „rechts“ und zu wenig gegen „links“ Stellung und deshalb eine einseitige politische Haltung einnehmen. Auch diese Kritik ist gut und ernst zu nehmen. Sie muß und kann ertragen werden, da über Meinungsverschiedenheiten hinaus alle Kameraden in Freundschaft das Bekenntnis zu unserem demokratischen Staat eint, für den wir uns einsetzen.

Zu dem Vorwurf einer „einseitigen“ politischen Haltung werde ich nach Möglichkeit bei nächster Gelegenheit hier etwas sagen. Nur sei schon heute hier festgestellt: aus innerster Überzeugung und mit Leidenschaft bekennen wir uns nach wie vor zu der Auffassung, daß unser Bund nur dann sinnvoll und wirksam in die Zukunft hinein seine Aufgabe erfüllen kann, wenn sich in ihm unterschiedene und aktive Demokraten aus der SPD, CDU, und FDP und aus den Gewerkschaften zu gemeinsamer Arbeit kamerad-

schaftlich zusammenfinden.

Kaum hatte unser Kamerad Erich Knapp in der letzten Nummer unseres Blattes in einem anderen Zusammenhang, der mit dem Nachstehenden absolut nichts zu tun hat, auch vor „konservativer“, sprich nationalistischer „Realpolitik“ gewarnt und auf die schrecklichen Folgen einer angestrebten politischen Entmachtung und möglichen physischen Bedrohung des Bundespräsidenten hingewiesen, da finden seine Prognosen heute schon eine schreckliche Bestätigung durch den glücklicherweise abgewehrten Mordanschlag eines fanatischen Teutonen auf Bundespräsident Heinemann. Die verbrecherischen Täter und Verderber Deutschlands sind eben wieder unter uns – und sie kommen jetzt eindeutig von ganz rechts, da beißt keine Maus einen Faden ab und diese Feststellung mindert nicht unseren eindeutigen Kampf gegen den Rechts- und Linksextremismus.

Werden die Demokraten jetzt noch immer zuschauen oder endlich den Mut finden auch mit uns und bei uns allen Feinden der Demokratie entgegenzutreten? Es ist hohe Zeit dazu!

Aber wir müssen noch eine andere, vielleicht unbequeme Feststellung anschließen: Als die sogenannte „Aktion Widerstand“ unlängst in Bonn-Pützchen hinter Stacheldraht demonstrierte, haben wir hier berichtet, daß bei der Gegendemonstration der Demokraten an der gleichen Stelle diese nicht in der möglichen Überzahl erschienen war, sondern die Linksextremisten es besser verstanden hätten, ihre kleine Anhängerzahl, dafür wohl aber restlos zu mobilisieren und dazu auch den allerdings mißlungenen Versuch machten, sich mit den Demokraten zu „solidarisieren“. Genau das gleiche ist in diesen Tagen in München geschehen, als in einer Kundgebung der SPD, FPD, des DGB (ohne die CSU!), an ihrer Spitze mutig und eindrucksvoll Oberbürgermeister Dr. H. J. Vogel und Altministerpräsident Högener, diese gegen die Initiatoren eines neuen verderblichen Nationalismus in München Stellung nahmen. Alle verantwortlichen Demokraten – wir meinen nicht jene Demokraten die bei den Kundgebungen anwesend waren – müssen sich recht bald Gedanken darüber machen, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht nur den Mund spitzt, sondern auch recht kräftig pfeifen muß. Links- und Rechtsextremisten, wir sagen es hier wiederholt, sind in einer verschwindenden Minderheit, wenn Demokraten einmal wieder lernen, Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit abzuschütteln und, wenn notwendig, bereit sind, wieder einmal „das Pflaster zu treten“. Ist es denn so schwer, sich mutig zu bekennen und zu engagieren? Wir alleine können das nicht, dafür sind wir heute nicht mehr jene machtvolle Organisation wie vor 1933. Deshalb rufen wir Euch zu: Kommt zu uns! Wir kämpfen für Freiheit und Recht! Hier bei unserer politischen Arbeit werden sich Opferbereitschaft und Solidarität wirklich lohnen.

## Gefährliche Früchte der Hetze

Warnzeichen innerpolitischer Klimaverschärfung

Ob es wirklich die Tat eines Einzelgängers war, der den mißglückten Attentatsversuch auf den Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann unternommen hat, wird sich im Laufe der Ermittlungen hoffentlich bald herausstellen. Die Mordabsicht eines zwanzigjährigen ehemaligen NPD-Mitgliedes und Deserteurs der Bundeswehr muß alle alarmieren und zur höchsten Wachsamkeit

aufrufen, die sich Sorgen um die innenpolitische Entwicklung und um die Polarisation im Verhältnis der beiden Großparteien machen. Die unverkennbare Radikalisierung des politischen Lebens zeigt unheilvolle Früchte. Dieser Mordanschlag kommt nicht aus heiterem Himmel. Morddrohungen gegen führende Politiker der Koalitionsparteien waren ihm vorausgegangen. Stecken wirk-

lich nur Einzelgänger dahinter, oder ist es vielmehr ein Klima, das, von bestimmter Seite bewußt angeheizt, bei jenen Mordlust erzeugt, die labilen Charakters und einem hemmungslosen Fanatismus anheimgefallen sind?

Man braucht dabei nicht nur an die „Aktion Widerstand“, ein rechtsradikales Sammelbecken von bedenkenlosen Wirrköpfen zu denken. Sie hat wiederholt mit schwarzumrandeten Flugblättern mit Überschriften wie „Tod den Verrätern“ und „Brandt an die Wand“ blinden Haß gezüchtet und zum Mord aufgerufen. Das ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Erinnerungen an die Weimarer Zeit tauchen hier auf. Unter den Kugeln von feigen Mördern fielen ein Matthias Erzberger, ein Walter Rathenau und viele andere. Auch der erste Reichspräsident der Weimarer Republik wurde durch eine aus nationalistisch trüben Quellen gespeiste Hetze in einen frühzeitigen Tod getrieben. Alle waren Politiker, denen von Fanatikern – die wußten, was sie taten – das Kainszeichen des nationalen Verrates aufgezwungen wurde, obwohl diese patriotisch gesinnten Männer bemüht gewesen waren, aus den Trümmern der Niederlage des Ersten Weltkrieges ein neues, der Freiheit, der Demokratie und der Völkerverständigung verpflichtetes Deutschland aufzubauen.

Es ist wahr, die Geschichte wiederholt sich nicht. Unsere Demokratie ist heute gefestigter als jene der Weimarer Republik; auf die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien ist bei allen Wahlen die überwiegende Mehrzahl aller Stimmen entfallen. Der Radikalismus von links und rechts, in dessen vernichtendes Räderwerk Weimar geraten war, ist zur Rolle einer bedeu-

tungslosen Minderheit verurteilt. Doch was heute zählt und bedenklich stimmt, ist die zunehmende Verschärfung des innenpolitischen Klimas, sind die emotional beladenen Auseinandersetzungen, die sich an der Ost- und Deutschlandpolitik entzünden. Das läßt sogar manchen Besonnenen seine Besonnenheit vergessen, er wird manchmal blind, verliert das Maß und schlägt wild um sich. Weiß jeder Gegner der Regierungspolitik denn wirklich und jederzeit, was er an emotionalem Zündstoff anhäuft, wenn er zu leichtfertig von Verzichtspolitik spricht, wenn er die Friedensbemühungen der Bundesregierung und den damit verbundenen Versuch eines notwendigen Ausgleichs mit unseren östlichen Nachbarn gleichsetzt mit mangelnder Vertretung nationaler Interessen? Oder gar mit nationalem Verrat? Oder daß ein Regierungswechsel erfolgen müßte, damit in Bonn wieder deutsche Politik gemacht werden könne?

Es ist höchste Zeit, daß wieder ruhige Besinnung einkehrt, und daß der Satz aus der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 vom „sachlichen Gegeneinander im nationalen Miteinander“ zum prägenden Leitmotiv unvermeidlicher politischer Kämpfe wird. Der Mordversuch an Heinemann ist ein unübersehbares Alarmzeichen; nicht glatte Lippenbekenntnisse tun not, sondern eine haarscharfe Distanzierung von jeder Art von Radikalismus und ein Widerstand gegen jede Versuche, die Politik der Ratio durch eine Politik entfesselter Emotionen zu ersetzen. Unser Volk und unsere Demokratie haben Anspruch darauf. Die Früchte der Hetze mahnen.

(S. P.)

## Auf ein Wort, Nazi!

Ein Wort aus dem Warschauer Getto während des Aufstandes der Juden, das auch zu dem Teil des deutschen Rechtsradikalismus gesagt sein könnte, der sich zu Mordtaten rüstet, auf Bilder Heinemanns und Brandts Schießübungen veranstaltet, Waffen hortet, „Brandt an die Wand!“ schreit und in Berlin bereits den Wachsoldaten Stscherbak töten wollte:

„Das Entscheidende am Menschen ist, daß er ein menschliches Wesen ist, nicht daß er ein Zionist ist, ein Kommunist, ein Sozialist, ein Jude, ein Pole oder ... ein Nazi. Aber – und das ist der Grund, warum wir uns aufs Töten vorbereiten – wer diese Grundmaxime nicht anzuerkennen vermag, der ist ein Agent der Unmenschlichkeit und seine Absicht, ob bewußt oder nicht, die Ausrottung der Menschheit. Ihn als ersten müssen wir töten, zum Heil aller andern ... Die Menschheit muß die Unmenschlichkeit vernichten, bevor sie selbst ausgelöscht wird.“

(John Hersey, „Der Wall“, Rowohlt, Hamburg)

Das Reichsbanner wünscht nichts sehnlicher als den inneren und äußeren Frieden. Aber unser Gedächtnis reicht zu lange zurück, als wir die Worte und Taten harmlos mißdeuten könnten, die uns über die äußerste Rechte bekannt wurden. Die ersten Schüsse sind gefallen. Es könnte nicht mehr lange dauern, bis der erste deutsche Demokrat in der zweiten Nachkriegszeit ermordet wird. Die Hetze hat die Warnmarke längst überschritten. Wir wünschen, daß unser innenpolitisches Klima bald wieder nachbarlich-menschlicher und vertrauensvoller wird. Aber wir sind skeptisch. Eines wird in keinem Fall mehr geschehen: Die zweite deutsche Republik, die dritte Demokratie in Deutschland seit 1848, 1918 und 1949 wird nicht kampflös und nicht legalistisch untergehen! Diesmal werden keine Bonzen und Schlaumeier das Reichsbanner von dem zurückhalten können, was die demokratische und patriotische Pflicht aller Deutschen zu sein hätte.

E. K.

## Gelesen, zitiert und kommentiert

### Zwischenrufe wie „Polensau“

BRAUNSCHWEIG, 21. März (AP/dpa). Tumultuarische Szenen und scharfe Auseinandersetzungen auf der Gedenkkundgebung der Landsmannschaft Schlesien zum 50. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien in der Braunschweiger Stadthalle führten dazu, daß der niedersächsische Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD) seine Rede vorzeitig abbrach und die Stadthalle verließ.

Anlaß für den Eklat waren die von einem Braunschweiger Studenten und zwei in Schlesierracht gekleideten Mädchen vorgetragenen „Worte der Jugend“, in denen der Kniefall Bundeskanzler Brandts am Ehrenmal im ehemaligen Warschauer Getto als „Bekenntnis der deutschen Alleinschuld“ bezeichnet wurde. Kubel, der auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesvorstandes der Schlesier das Hauptreferat halten sollte, wies diese Darstellung scharf zurück. „Ich habe Respekt vor der Geste des Kanzlers in Polen und halte es im Interesse des Ansehens unseres Volkes nicht für gut, wenn diese Geste polemisch diskutiert wird“, betonte er. Für diese Erklärung erteilte der Ministerpräsident Zwischenrufe: „Hör auf zu quatschen“, „Runter vom Podium“.

Trotz der Tumulte setzte Kubel seine Rede fort. Nach einer langen, für beide Völker mit Entsetzen erfüllten Zeit scheinete jetzt ein neuer Anfang möglich und der Wille zur Zusammenarbeit bis hin zur Versöhnung auf beiden Seiten erkennbar, sagte der Politiker. Gellende Pfiffe und Zwischenrufe „Polensau“, „Bomben auf seinen Schädel“ gab es, als Kubel erklärte, man könne und sollte die Grenzfrage nicht offenhalten. „Die Zeit hat nicht für uns gearbeitet. Millionen Polen sind jenseits von Oder und Neiße geboren, die dieses Land als ihre Heimat ansehen.“ Die Mehrzahl der Kundgebungsteilnehmer schwieg offenbar bestürzt, als Kubel seine Rede abbrach und den Saal verließ.

In einem dpa-Gespräch bezeichnete Kubel die „Worte der Jugend“ als eine einzige „chauvinistische Hetztirade“. „Ich glaube nicht, daß wir uns Achtung in der Welt erwerben, wenn wir über die Haltung des deutschen Bundeskanzlers so sprechen lassen“, sagte er.

Der Veranstaltungsleiter, Helmut Kostorz (CDU) sagte dazu auf Anfrage, er habe zwar die Ausarbeitung dieser Worte gekannt. Sie sei aber anders gewesen als der Vortrag. Wenn er die Stücke gekannt hätte, die nachträglich eingebaut worden seien, hätte er ihnen widersprochen. „Wir haben eben auch unsere Probleme mit der Jugend“, meinte Kostorz.

### Toleranz, Vernunft und Mut

KÖLN, 21. März AP/dpa). Zu mehr Toleranz und Vernunft in den menschlichen wie den innen- und außenpolitischen Beziehungen hat Bundeskanzler Brandt anläßlich der „Woche der Brüderlichkeit“ aufgerufen, die er in einer von Funk und Fernsehen übertragenen Feierstunde im Westdeutschen Rundfunk eröffnete.

Die von den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit veranstaltete Woche steht dieses Jahr unter dem Motto „Menschenrassen – Menschenrechte“ und lehnt sich an die Forderung der Vereinten Nationen an, das Jahr 1971 dem Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung zu widmen.

Der Bundeskanzler benutzte seine Rede zu einer Darlegung seiner Politik und ihrer Motive. **Er forderte, im Kampf gegen rassistische Diskriminierung weniger Pathos aufzuwenden und im eigenen Haus zu beginnen. Besonders wandte er sich gegen jede, auch unbewußte Diskriminierung farbiger Gäste und Soldaten in der Bundesrepublik oder auch der mehr als zwei Millionen Gastarbeiter.**

Brandt stellte aber auch heraus, daß die Bundesrepublik zweifellos zu den Ländern gehöre, in denen die Freiheitsrechte am weitesten entwickelt seien. Die Eingliederung von zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bezeichnete er als eine der bedeutendsten Leistungen, die das deutsche Volk in diesem Jahrhundert vollbracht habe.

Zur Haltung der Bundesrepublik zu Südafrika und Rhodesien verwies Brandt auf die Entschließungen der Vereinten Nationen, denen sich die Bundesrepublik angeschlossen habe. Dazu betonte er ausdrücklich, „da immer wieder anderes behauptet wird“: „Wir liefern keine Waffen nach Südafrika. Lieferungen an Portugal sind an die Voraussetzungen gebunden, daß die Waffen nicht in Afrika verwendet werden.“

**Eine klare Absage erteilte Brandt dem Radikalismus von rechts oder von links** und wies auf die Verpflichtung hin, allen gegenüber wachsam zu sein, die ihre Ziele mit Gewalt und Terror durchsetzen oder mit den Mitteln der Unterwanderung erreichen wollten. Andererseits bat er um Verständnis für Unrast und schöpferische Unzufriedenheit vor allem der Jugend.

## Ausstellung im Reichstag

„Hassel und Genscher hielten sich in Westberlin auf, um im Reichstag an der Eröffnung einer Ausstellung teilzunehmen, die den 100. Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung zum Anlaß nimmt, „Fragen an die Deutsche Geschichte“ zu stellen. Bei dieser Gelegenheit sagte Bürgermeister Schütz: „**Die Zeit des Deutschen Reiches ist vorbei, das Deutsche Reich ist Historie.**“ Die Renovierung des Reichstags sei eine Freundlichkeit gegenüber der Geschichte „und Ausdruck der Achtung vor ihren besseren Seiten, wie der Weimarer Republik“. Heute gehe es darum, die freien Teile Deutschlands auch in Zukunft frei zu halten und mit-zuhelfen, daß die Menschen im anderen deutschen Staat mehr öffentliche und private Freiheit erhielten...“

## Alarmschlagende Hauptleute

„Ein bedauerlicher Vorgang: Nicht, daß 30 junge Kompaniechefs eine Studie über die ihrer Meinung nach „unerträglichen“ und „nicht mehr länger zu verantwortenden“ Zustände in der Armee verfassen und dabei offensichtlich zu Übertreibung und Dramatisierung neigen. Schließlich ist es doch gerade der gegenwärtige Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt gewesen, der die Diskussion über die Probleme und Sorgen der Bundeswehr auf eine ganz neue Weise in Gang gebracht und durchsichtig gemacht hat, damit im Rahmen des Möglichen sachgerechte Lösungen gefunden und Abhilfen geschaffen werden können.“

**Bedauerlich ist der Vorgang, weil sich die jungen Hauptleute**

**offenbar politisch haben mißbrauchen lassen.** Dieser Verdacht liegt jedenfalls nahe, wenn man bedenkt, daß sich in erster Linie ein so regierungsfeindliches Blatt wie die „Welt am Sonntag“ unter Assistenz des vorzeitig in den Ruhestand geschickten Erziehungsgenerals Heinz Karst ihrer Studie bemächtigt hat, um durch eine ganz tendenziöse Aufmachung und Darstellung Stimmung gegen die heutige politische Führung zu machen...“

(NRZ 22. 3. 71)

## Kardinal von Galen

Münster. Mit einem Pontifikalamt im Dom und einer Feierstunde im Rathaus gedachte Münster des durch seinen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft weltberühmt gewordenen Bischofs von Münster, Clemens August Kardinal von Galen.

Kurz nach seiner Ernennung zum Kardinal am 18. Februar 1946 war Graf von Galen vor 25 Jahren am 22. März 1946 im Alter von 68 Jahren gestorben. Der aus Dinklage in Oldenburg gebürtige Galen wurde 1904 in Münster zum Priester geweiht und am 5. September 1933 zum Bischof der alten westfälischen Provinzialhauptstadt ernannt. Bekannt wurde er vor allem durch drei 1941 in Münster gehaltene Predigten, in denen er offen Unrechtsstaten der damaligen Machthaber verurteilte.

## Erfolge nicht verbergen

Bonn (E. H.) Der Schriftsteller Günter Grass hat im Blick auf die Wahlen in Rheinland-Pfalz die Auffassung vertreten, ein klarer „linker Pragmatismus“ bringe Erfolg. Das werde sich auch in den Wahlen am 25. April in Schleswig-Holstein bestätigen.

Grass gab, häufig vom Beifall der SPD Fraktion unterbrochen, eine Bewertung der Politik aus der Sicht „eines Wählers und Helfers“. Er ermunterte sie, die eigenen Leistungen nicht verschämt zu verbergen, und statt dessen nur immer von dem zu sprechen, was in ferner Zukunft geschehen solle.

Zu den parteiinternen Auseinandersetzungen, meinte Grass, die SPD biete noch immer das Bild einer im „Grabenkrieg“ festgebundenen Oppositionspartei, die nach links und rechts kämpfe. **„Wo steht geschrieben, daß sich ein Sozialdemokrat der Lehre des Marxismus-Leninismus gegenüber nur defensiv verhalten muß?“**

Gewisse Ungereimtheiten in der Regierungsarbeit nannte Grass einen „Kompetenzstreit zur Befriedigung drängenden Ministerreize“. Er glaube, sagte Grass, „der kleine Mann“ sei durchaus bereit, für „Bildung, Umweltschutz und Vermögensbildung als Teil der Mitbestimmung“ im Zuge einer Steuerreform einen zusätzlichen Beitrag zu leisten, „wenn er weiß, daß es gleichmäßig alle trifft.“

(W. R. 24. 3. 71)

# Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

## Nordrhein-Westfalen

Alle Anfragen wegen Neugründungen, Einzelmitgliedschaften usw. sind, soweit am Ort keine Organisation vorhanden ist, an die Geschäftsstelle des Landesverbandes, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II (Kerger) zu richten. Telefon (02221) 22 97 15. Einzelmitglieder zahlen ihren Beitrag an den Kameraden Adolf Prangenberg, 53 Bonn-1, Flensburger Straße 68. Telefon (02221) 3 49 83. Girokonto bei der Städt. Sparkasse Bonn Nr. 764 22 (W. Reichsbanner). Ortsvereine und Stützpunkte rechnen dort ebenfalls ab.

**Landesdelegiertenkonferenz** am Sonntag, dem 25. April 1971 in Bonn mit Berichten und Wahl des Landesvorstandes. Ortsvereine und Stützpunkte sind benachrichtigt. Entsendung der festgelegten Teilnehmerzahl ist durch Fahrgelderstattung gewährleistet.

**Bonn:** Jahreshauptversammlung Montag, dem 19. April 1971, um 19.30 Uhr im Gasthaus Gardemann, 53 Bonn-1, Weiherstraße 1

**Dortmund:** Frühere Kameraden und neue Freunde, die sich unserem Bunde aktiver Demokraten anschließen wollen, wenden sich an den Kameraden Paul Höbener, 46 Dortmund, Brüderweg 9

**Bünde i. W.** Alle Einzelmitglieder im Bereich Ostwestfalen-Lippe wollen sich mit dem Kameraden Karl Iburg, Oberstudienrat, 498 Bünde (W) Hederkottenweg 60 in Verbindung setzen. Besondere Zusammenkunft in absehbarer Zeit ist beabsichtigt.

**Leverkusen:** Ehemalige Kameraden aus dem Rhein-Wupperkreis und neue Freunde setzen sich mit dem Kameraden Josef Karp, Vorsitzenden des Ortsvereins Leverkusen in 509 Leverkusen, Petersbergstraße 41 in Verbindung. Telefon (02172) 7 13 62.

## Hamburg

**Hamburg:** Neue Freunde, die sich unserem Bunde anschließen wollen und ehem. Kameraden, die ihre Mitgliedschaft wieder aufleben lassen möchten, wenden sich an den Landesverband Hamburg in 205 Hamburg 80, Billgrabendeich 21 (Clasen) Telefon 7 24 24 95. Konto für Spenden und Beiträge: Hamburger Sparkasse von 1827, Konto Nr. 98-21901.

Sonntag, 18. April 1971 10 Uhr Fahrt nach Stade zum Treffen mit dortigen Kameraden und Freunden im Hause des DGB Stade, Harburger Straße 17. Teilnehmer melden sich beim Landesverband. Rege Beteiligung erwünscht.

## Bremen/Weser-Ems

Am Sonntag, dem 28. März, führte der Landesverband Bremen/Weser-Ems die Landes-Delegiertenkonferenz in Verden/Aller im Gasthaus „Schwarzer Bär“ durch. Die Leitung der Konferenz lag in den Händen des Ortsvereins-Vorsitzenden Georg Berkelmann, der bei der Eröffnung dieser Tagung neben den Delegierten aus Niedersachsen und Bremen insbesondere den Landtagsabgeordneten der SPD Martin Brüns aus Bierden und den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Elmo Strunck, Verden, begrüßen konnte.

Nach der Genehmigung der umfangreichen Tagesordnung wies der Vorsitzende Berkelmann auf die enge Verbundenheit des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten mit den demokratischen Parteien und den demokratischen Gewerkschaften hin. Wenn die radikalen Kräfte durch den Wähler endlich aus dem Niedersächsischen Landtag weggefegt wurden, bedeutet

das noch nicht, daß die Ewiggestrigen damit ausgestorben sind. Der Bund aktiver Demokraten werde daher nach wie vor ein wachsames Auge auf die politische Entwicklung im Lande haben müssen.

Der Kreisvorsitzende des DGB Elmo Strunck grüßte die Konferenzteilnehmer und richtete seinen Appell insbesondere an die jugendlichen Delegierten, aktiv an der Gestaltung unserer Demokratie teilzunehmen. Auch der Landtagsabgeordnete Martin Brüns sprach in seinem Referat über die Politik in Niedersachsen die gemeinsamen Berührungspunkte der SPD und des Reichsbanners an.

Wenn heute das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Bund aktiver Demokraten an die Öffentlichkeit tritt, könne dabei mit Stolz auf die gemeinsamen Leistungen in der Vergangenheit hingewiesen werden. Die Mitgliedschaft in dieser Organisation sei der Inbegriff des persönlichen Einsatzes für die Demokratie. Der Mut des Einzelnen in dieser Demokratie ist notwendig, solange geschickt getarnt als Biedermänner die Kräfte von ganz links und ganz rechts am Werke sind.

Im Verlauf seiner Ausführungen wies der Abgeordnete auf die Gefahr hin, die sowohl für die Allgemeinheit als auch individuell für jeden bestehen, wenn durch eine konservative Bürokratie manches an guten Rechten in der Gesetzgebung dem Bürger wieder aus der Hand genommen würde. Heute stehe in Niedersachsen die SPD allein in der Regierungsverantwortung. Wenn auch durch das knappe Stimmverhältnis die Arbeit des einzelnen Abgeordneten nicht leichter geworden sei, so werde dennoch durch den eindeutigen Auftrag, den der Wähler der SPD gegeben habe, die Politik in Niedersachsen klar und deutlich zur Verwirklichung des Regierungsprogramms vorangetrieben. Die Verwaltungsreform gehört dabei ebenso zu den Schwerpunkten, die der Planungsstab gesetzt habe, wie die Gebietsreform.

Darunter müsse aber auch die Auswirkung des Landesentwicklungsplanes und des Raumordnungsgesetzes verstanden werden. Der Norden und Osten dieses Landes brauche neue Impulse, damit ein Gegengewicht zu den Ballungsräumen entstehen könne. In seinen weiteren Ausführungen sprach M. Brüns die Schulpolitik und die Personalpolitik in Niedersachsen an, wobei eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes für den öffentlichen Dienst vorrangig betrieben werden müsse. Nach einer regen Diskussion konnten dann im Verlaufe des Tages die übrigen Tagesordnungspunkte behandelt werden, so daß der Landesvorsitzende Dietrich Westermann die Konferenz in Verden am späten Nachmittag mit einigen neu beschlossenen Anträgen an die Bundeskonferenz schließen konnte.

#### **Ortsverein Bremen**

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 15. 5., um 15.30 Uhr.

#### **Arbeitskreis**

5. 5. Filmabend, anschließend Diskussion.

26. 5. Referat über „Verfassung und Wahlrecht“.

Die Mitglieder des Jugendbundes nehmen an beiden Abenden teil.

Bremen/Weser-Ems: Alle Anfragen wegen Neugründungen, Einzelmitgliedschaften usw. sind an die Geschäftsstelle des Landesverbandes, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18 (Westermann) zu richten. Telefon (0421) 44 07 33.

**Nordenham:** Ehemalige Kameraden und neue Freunde wenden sich zwecks Aufbau der örtlichen Organisation an Peter Schlepfer, 289 Nordenham, Jedutenstraße 32.

#### **Niedersachsen**

**Niedersachsen:** Neue Freunde unseres Bundes aktiver Demokraten und ehemalige Kameraden, die ihre Reichsbannermitgliedschaft wieder aufleben lassen wollen, wenden sich an den Kameraden Peter Schneider, 3 Hannover, Recklinger Stadtweg 4. Interessenten aus dem Verwaltungsbezirk Braunschweig und Regierungsbezirk Hannover melden sich ebenfalls dorthin.

#### **Freiheitsbund Berlin**

**Freiheitsbund Berlin:** Auch an dieser Stelle noch nachträglich unsere besonderen herzlichen Glückwünsche zur Vollendung des 65. Lebensjahres unserem verdienstvollen Kameraden Franz Meyer.

#### **Hessen**

##### **Ortsverein Frankfurt:**

1. In der gut besuchten Jahreshauptversammlung des Ortsvereins im Haus Dornbusch gab der Vorsitzende, Kam. Funk, einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Ortsvereins im vergangenen Jahr. Er rief die Kameraden auf, wachsam und aktiv zu bleiben, da die politische Lage antidemokratische Tendenzen erkennen ließen. In der Aussprache wurde lebhaft zu den politischen Tagesfragen Stellung genommen, u. a. wurde der Antrag angenommen, im kommenden Jahr in den Mitgliederversammlungen Vorträge über Wehr-, Ost-, Schul- und Jugendpolitik von kompetenten Referenten durchzuführen. Der Vorstand für das Jahr 1971 wurde von der Versammlung einstimmig gewählt.

2. **Mitgliederversammlung** mit eingeführten Gästen am Dienstag, dem 27. April 1971, 20.00 Uhr, im Lokal „Eintracht Frankfurt“, Öder Weg 35/37

(U-Bahn und Straßenbahnhaltestelle Eschenheimer Turm; Linien: U 1, 23, 24 und 25)

Parkplatz ist vorhanden. Zufahrt für Pkw: Ecke Öder Weg – Bornwiesenweg. Einfahrtsweg heißt „Leimenrode“.

**Oberbürgermeister Walter Möller** wird uns mit seinem Besuch beehren. Er spricht zu dem Thema:

##### **„25 Jahre Bundesrepublik Deutschland“**

Sowohl vom Referenten als auch vom Thema her verdient diese Veranstaltung einen guten Besuch.

##### **Wir bitten unsere Kameraden um Beachtung:**

1. **Diese Seite unseres Blattes** wird interessanter und informiert besser, wenn alle Landesverbände, Ortsvereine Stützpunkte und auch Einzelmitglieder ganz kurze Berichte über Ergebnisse von Mitgliederversammlungen, Konferenzen, Aktionen usw., insbesondere aber auch Versammlungsankündigungen, regelmäßig bis zum 5. eines jeden Monats **an die Redaktion** einsenden.
2. **Die Kassierung der Mitglieder** in den Ortsvereinen, aber auch bei Einzelmitgliedern, wird überall dort erleichtert, wo ein Girokonto eingerichtet ist, auf die unsere Kameraden ihre Beiträge oder Spenden einzahlen können. Die Ortsvereine werden gebeten, soweit das noch nicht geschehen, ein Konto einzurichten und ihre Mitglieder davon zu unterrichten.
3. **Die politische Informations- und Bildungsarbeit** ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit. Wer hier Hilfe und Auskünfte braucht, wende sich an den Kameraden August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II.

##### **Wir fragen unsere Kameraden:**

- ❶ **Wie steht es um die Mitgliederwerbung und die Wieder- oder Neugründung von Ortsvereinen und Stützpunkten?**

Unser Bund hat Bestand und wird weiter wachsen, wenn alle Kameraden aktiv sind. Bundessatzung (durch den Bundesvorstand zu beziehen) und Arbeitsrichtlinien geben uns die Richtschnur für wirksames Handeln.

- ❷ **Wieviele jüngere Kameraden sind in den Ortsvereinen mit verantwortlichen Funktionen betraut?**

Bedenkt, daß wir von der Tradition nicht leben können und dafür sorgen müssen, daß unser „Nachwuchs“ tatkräftig die künftigen Aufgaben unseres Bundes meistern soll.

- ❸ **Habt ihr Schwierigkeiten bei Eurer Arbeit?**

Teilt uns diese ggf. mit, damit wir feststellen, wer uns behindert und wie wir hiergegen Stellung nehmen können. Bundesvorstand, Landesvorstände und auch die Redaktion stehen nach Möglichkeit mit Rat und Tat zur Seite.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 4 – April 1971 – 15. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,

6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion und verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II. Tel.: (02221) 22 97 15 und Erich Knapp, St. Augustin-Mülldorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 83 15.

Druck: Pullmann & Stevermüer, Offenbach am Main.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck (mit Quellenangabe) gestattet und erwünscht.